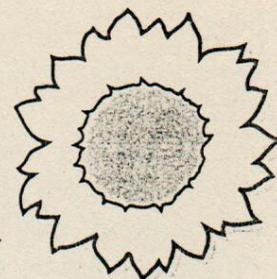


DIE GRÜNEN

im Rat der Stadt Bochum



An die
Landtagsfraktion
Bündnis 90/Die Grünen
Platz des Landtags 1

40221 Düsseldorf

18. November 2003

Offener Brief

Kürzungen im Landeshaushalt in den Bereichen Jugend, Soziales und Frauen

Liebe Freundinnen und Freunde,

Ihr habt einen sehr schwierigen Haushalt zu verabschieden, in dem Ihr die Verfassungsmäßigkeit des Haushalts zu beachten habt. Dies vor dem Hintergrund der immer weiter sinkenden Steuereinnahmen, bedingt durch die Politik der Bundesregierung und die wirtschaftliche Lage in der Republik.

Wenn wir trotzdem scharfe Kritik an bestimmten von Euch geplanten Kürzungen üben, tun wir dies, weil aus unserer Sicht die Schwerpunkte nicht richtig gewichtet wurden und gerade diese Kürzungen zur Zerschlagung von mühsam aufgebauten Strukturen führen, die voraussichtlich dauerhaft wegbrechen werden.

Wir sind in Bochum eine der zahlreichen Kommunen, die mit einem Haushaltssicherungskonzept leben müssen. Unser Doppelhaushalt 2003/2004 wurde von der Bezirksregierung nur mit Auflagen genehmigt. Mit großer Anstrengung ist es uns aber gelungen, **keine** Kürzungen in den Bereichen Jugend, Soziales und Frauen vorzunehmen. Wird der Landeshaushalt so wie geplant verabschiedet, stehen wir trotzdem vor einem Scherbenhaufen, da wir die Mittel nicht aufbringen können, um die Infrastruktur durch die Kommune selbst aufrechtzuerhalten.

Mit großer Bestürzung haben wir zur Kenntnis genommen, dass die Mittel des Landesjugendplans (der nur 0,2% des Gesamthaushalts ausmacht) gleich um etwa ein Drittel gekürzt werden sollen. Es zeichnet sich ab, dass diese Kürzungen in erster Linie Auswirkungen auf den Bereich der offenen Jugendarbeit (bis zu 60% !) und Jugendsozialarbeit (z.B. Jugendwerkstätten) haben werden. Für die Jugendfreizeithäuser und die Häuser der Offenen Tür (HOT) hier in Bochum wären die Konsequenzen unweigerlich eine deutliche Einschränkung des Angebots aller Einrichtungen oder die vollständige Schließung mehrerer Einrichtungen. Insbesondere die Angebote der HOT richten sich an schwierige und am Rande der Gesellschaft stehende Jugendliche - oft mit Migrationshintergrund -, die sonst kaum oder gar nicht mehr (z.B. durch Schule) zu erreichen sind.

Wenn wir diese wichtige - **präventiv** wirkende - Arbeit einschränken, steht zu befürchten, dass sich die Probleme und Konflikte vieler Jugendliche verschärfen werden. Die langfristigen Folgen für die Gesellschaft und die öffentlichen Finanzen liegen auf der Hand: Zunahme von Jugendkriminalität, Drogensucht, erhöhte Kosten für (Heim-)Unterbringungen etc.

Eine weitere Kürzung präventiver Arbeit betrifft die Zuschüsse an die in freier Trägerschaft befindlichen Erziehungsberatungsstellen und Familienbildungsstätten, die seit vielen Jahren in Kooperation mit den städtischen Einrichtungen das Beratungs- und Bildungsangebot für (junge) Familien, Kinder und Jugendliche in Bochum sicherstellen.

Wenn die Träger hier das Angebot einschränken oder ggfs. ganz einstellen müssen, werden die betroffenen Menschen mit ihren Problemen verstärkt allein gelassen. Die absehbaren Folgen sind, dass zunehmend Familien auseinanderbrechen, zusätzliche Heimunterbringungen erforderlich werden und damit höhere Kosten für die Kommune entstehen.

Dass sich der Plan der rot/grünen Koalition in Bochum, in der Perspektive ein Mädchenhaus aufzubauen, durch die vollständige Streichung des Titels im Landeshaushaltsplan vorerst als illusorisch erweist ist bedauerlich. Dass aber eine von vier Personalstellen im Frauenhaus wegfallen soll, trifft die Arbeit des Frauenhauses in seiner Substanz und damit diejenigen Frauen und ihre Kinder, die am meisten auf Hilfe zur Selbsthilfe angewiesen sind.

Der Frauennotruf, in Bochum bei „Wildwasser“ angesiedelt und schon jetzt mit einer halben Stelle unterbesetzt, wird seine Arbeit ganz einstellen müssen.

Die Beratungsstelle für Prostituierte „Madonna“ hat jahrelang gute und wichtige Arbeit geleistet. Sie hat vielen Frauen Hilfestellungen beim Ausstieg aus der Prostitution gegeben, die auf sich allein gestellt diesen Weg nicht geschafft hätten. Ohne Landesförderung steht auch Madonna vor dem Aus.

Eure Kürzungen treffen auch bei den Frauen die Bedürftigsten und damit auch diejenigen, die sich am wenigsten zur Wehr setzen können.

Absehbar ist auch hier, wie in anderen Bereichen, dass mittelfristig keineswegs Geld gespart wird, sondern die Kosten lediglich auf Sozialhilfe, Gesundheitswesen, Polizei und Jugendgerichtshilfe verlagert werden.

Wir können nicht verstehen und akzeptieren, dass Ihr angesichts der dramatischen Finanzsituation mit dem Vorziehen der Steuerreform einverstanden seid, die dem Land weitere Einnahmeverluste beschern und die größten finanziellen Vorteile den Besserverdienenden bringen wird.

Mit freundlichen Grüßen

(Wolfgang Cordes)
Fraktionsvorsitzender